

Lagebeschreibung Smarte Städte und digitale Regionen der Initiative Stadt.Land.Digital

Smarte Kommunen: Potenziale der Digitalisierung nutzen

Jana Stuck

Cathrin Söllner

1. Halbjahr 2022



Smarte Kommunen: Potenziale der Digitalisierung nutzen

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Bundesweite und regionale Untersuchungen zeigen Fortschritte der kommunalen Digitalisierung auf	3
3	Kommunale IT-Dienstleister spielen eine wichtige Rolle für die digitale Transformation	5
4	Innovationen für die öffentliche Verwaltung	6
5	Fazit	8
	Literatur	8



1 Einleitung

Mehrere aktuelle deutschlandweite und regionale Studien untersuchen den Digitalisierungsfortschritt deutscher Kommunen. Sie zeigen, dass Kommunen bei der Erstellung und Umsetzung von Digitalisierungsstrategien große Fortschritte machen. Digitalisierungsstrategien sind eine wichtige Voraussetzung für eine zielgerichtete Transformation, die die Herausforderungen vor Ort direkt adressiert und Potenziale durch digitale Technologien ausschöpft.

Kommunale IT-Dienstleister sind dabei historisch bewährte Umsetzungspartner der Städte und Gemeinden. Hohe Anforderungen durch das Onlinezugangsgesetz, große Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der IT-Fachkräftemangel sind aktuelle Herausforderungen für die über 10.000 Kommunalverwaltungen vor Ort.

Die digitale Transformation der Verwaltung erfordert innovative Kommunen, insbesondere seit der Handlungsdruck durch Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen zugenommen hat. Start-ups bieten fortschrittliche und neuartige Lösungen für den öffentlichen Sektor. Bisher arbeiten jedoch nur wenige Kommunen mit Start-ups zusammen. Bund, Länder und Kommunen haben im ersten Halbjahr 2022 unterschiedliche Schritte ergriffen, um die Angebote von Start-ups stärker zu nutzen.

Diese Lagebeschreibung gibt einen Überblick über aktuelle Studien, Leitfäden, Veranstaltungen und Projekte zu smarten Städten und digitalen Regionen im ersten Halbjahr 2022. Kapitel 2 gibt einen Einblick in den aktuellen Stand der Digitalisierung in Kommunen. Kapitel 3 beleuchtet die Arbeit von kommunalen IT-Dienstleistern und Kapitel 4 betrachtet, wie sich Verwaltungen für Innovationen öffnen. Kapitel 5 zieht ein Fazit.

2 Bundesweite und regionale Untersuchungen zeigen Fortschritte der kommunalen Digitalisierung auf

In der ersten Hälfte 2022 wurden zwei Studien veröffentlicht, die auf einer bundesweiten Befragung deutscher Kommunen zum Stand ihrer Digitalisierung basieren: Die Kommunalstudie 2022 der Geschäftsstelle Stadt.Land.Digital sowie der Zukunftsradar Digitale Kommune des Institutes für Innovation und Technik (iit) und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB).¹

Sie belegen, dass viele deutsche Kommunen und Regionen gut in ihrer digitalen Transformation vorankommen. So zeigt die Kommunalstudie 2022 der Geschäftsstelle Stadt.Land.Digital, dass eine zunehmende Zahl (insgesamt über dreiviertel aller Kommunen) eine Digitalisierungsstrategie hat, aktuell erarbeitet oder dies plant. Auch bei der Umsetzung der Strategien gibt es Fortschritte: Im Jahr 2022 haben erstmals über ein Viertel aller Kommunen ihre Strategie vollständig ausgearbeitet. Ein Ergebnis der Befragung des iit und des DStGBs ist, dass 21 Prozent der Kommunen ihren aktuellen Digitalisierungsstand als gut bis sehr gut bewerten. Weitere 50 Prozent beurteilen ihn als ausreichend. Rund die Hälfte der Kommunen fühlt sich gut auf die weitere Digitalisierung vorbereitet; die andere Hälfte fühlt sich allerdings noch nicht ausreichend vorbereitet.

Die Coronapandemie hat den digitalen Wandel in den Kommunen beschleunigt. Insbesondere das mobile Arbeiten in den Verwaltungen, der Bildungsbereich und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) konnten in der pandemischen Lage größere Fortschritte machen, da hier mit digitalen Lösungen teilweise kurzfristig die Arbeitsfähigkeit aufrechterhalten werden konnte (Stadt.Land.Digital Kommunalstudie 2022). Einige Kommunen stockten zudem im Zuge der Pandemie die finanziellen Mittel für die Digitalisierung auf (iit und DStGB 2022).

¹ Die Studie der Geschäftsstelle Stadt.Land.Digital basiert auf einer repräsentativen Umfrage mit einer Studiengröße von N=555 (Digitalisierungsbeauftragte, Chief Digital Officer bzw. Vertreter der Verwaltungsspitze); der Studie des iit und des DStGB liegt eine nicht repräsentative Befragung von N=931 zugrunde.



Die Kommunen bearbeiten in ihren Digitalisierungsstrategien und -projekten vielfältige Themen. Insbesondere die durch das Onlinezugangsgesetz getriebene Verwaltungsdigitalisierung, Projekte wie E-Akte und digitales Dokumentenmanagement sowie der Ausbau von Breitband und WLAN-Netzen sind zentrale Handlungsfelder, aber auch digitale Bürgerdienste, öffentliche Sicherheit und Katastrophenschutz werden von vielen Kommunen adressiert (Stadt.Land.Digital Kommunalstudie 2022). Im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung sehen viele Kommunen auch den mit Abstand größten Handlungsbedarf, gefolgt von der bereichsübergreifenden Vernetzung, Bildung und Infrastruktur (iit und DStGB 2022).

Interkommunale Vernetzung ist dabei von großer Bedeutung für die erfolgreiche kommunale Digitalisierung. 96 Prozent der Kommunen sehen den interkommunalen Austausch als besonders wertvolle Unterstützung der eigenen digitalen Transformation an (Stadt.Land.Digital Kommunalstudie 2022). In der Untersuchung von iit und DStGB wird die Vernetzung mit anderen Kommunen am häufigsten als sinnvolles Unterstützungsinstrument genannt (von insgesamt 77 Prozent der befragten Kommunen).

Auf Bundesländerebene zeigt das Land Hessen in seinem Digitalindex anhand von Indikatoren die Fortschritte der in der Digitalisierungsstrategie des Landes definierten Handlungsfelder auf (Fraunhofer FOKUS 2022). Als erstes Bundesland bildet es so Erfolgsfaktoren, Hemmnisse und Fehlentwicklungen bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie ab. Die Strategie „Digitales Hessen – Wo Zukunft zuhause ist“ wurde im Mai 2021 verabschiedet und umfasst unter anderem das Handlungsfeld „Smart Region und Smart City“. Die hessischen Kommunen kommen in ihrer Digitalisierung in gleichem Maße wie der bundesweite Durchschnitt voran: Rund dreiviertel aller hessischen Kommunen haben aktuell das Projekt einer Digitalisierungsstrategie begonnen. Größere Städte sind im Schnitt schon weiter. Der Schwerpunkt der bereits umgesetzten Digitalisierungsprojekte liegt in Hessen auf der Verwaltungsdigitalisierung und der digitalen Infrastruktur. Insgesamt ziehen die Autorinnen und Autoren des Digitalindex im Bereich „Smart Region und Smart City“ ein positives Fazit und führen dies vor allem auf die folgenden drei Punkte zurück: die Zahl kommunaler Digitalisierungsstrategien nimmt zu, der Ausbau der Breitbandverfügbarkeit besonders im ländlichen Raum schreitet voran und Sharing-Angebote (etwa für Autos oder Fahrräder) werden zunehmend genutzt.

Das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. an der Universität Leipzig (KOWID) und das Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen (KOMKIS) haben in einer repräsentativen Umfrage unter anderem die smarte Infrastruktur in deutschen Kommunen untersucht (KOWID, KOMKIS 2022). Große Potenziale von Smart-City-Projekten werden hier vor allem für die Infrastrukturbereiche der Breitbandversorgung bzw. Telekommunikation, des ÖPNVs bzw. der Mobilität sowie der Bürgerinformationssysteme bzw. Bürgerservices gesehen – jeweils über 70 Prozent der Kommunen bezeichnen diese Bereiche als „sehr bedeutsam“. Dies sind auch die Bereiche, in denen bereits die meisten Smart-City-Projekte umgesetzt wurden und noch geplant sind. Ziel dieser Projekte ist es insbesondere, die Standortqualität zu erhöhen, die betriebliche Effizienz der kommunalen Infrastruktur zu erhöhen und einen Beitrag zum Klima-/Umweltschutz und der Umsetzung der Energiewende zu leisten.

Die vorgestellten Studien zeigen, dass die deutschen Kommunen die digitale Transformation aktiv angehen. Ein Großteil der Kommunen hat bereits digitale Projekte umgesetzt, ist aktuell dabei oder plant dies. Zudem sind Ziele oft in Digitalisierungsstrategien festgehalten. Thematisch ist die kommunale Digitalisierung sehr vielfältig aufgestellt.



3 Kommunale IT-Dienstleister spielen eine wichtige Rolle für die digitale Transformation

Bei der Durchführung von IT-Dienstleistungen spielen kommunale IT-Dienstleister eine tragende Rolle. Kommunen arbeiten überwiegend mit kommunalen oder öffentlichen IT-Dienstleistern zusammen (73 Prozent der Kommunen) wie die Kommunalstudie 2022 der Geschäftsstelle Stadt.Land.Digital zeigt. Bei der Arbeit mit privaten IT-Dienstleistern werden vorwiegend lokale Unternehmen beauftragt (56 Prozent) und weniger überregionale deutsche (31 Prozent). An internationale Unternehmen vergeben nur 3 Prozent der Kommunen Aufträge.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für kommunale IT-Dienstleister (Vitako) vertritt seit 2005 die Interessen der kommunalen IT-Dienstleister. Der Verband veröffentlichte im Mai 2022 gemeinsam mit IW-Consult eine Analyse über die ökonomische Bedeutung seiner Mitgliedsunternehmen. Die 54 kommunalen Rechenzentren, Software- und Serviceunternehmen beschäftigen circa 19.900 Mitarbeitende und erzielten im Jahr 2021 rund 3,7 Milliarden Euro Umsatz. Etwa ein Viertel des Umsatzes entfiel auf die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Weiterhin entstanden rund 3,4 Milliarden Euro Umsatz bei den Zulieferern von Vitako-Mitgliedsunternehmen durch die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, davon 1,9 Milliarden Euro im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT-Sektor). Die Autorinnen und Autoren schätzen die direkt durch die Mitgliedsunternehmen generierte Wertschöpfung auf rund 1,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen Einspareffekte, die durch den Einsatz von digitalen Dienstleistungen in der kommunalen Verwaltung entstehen. Diese Effizienzgewinne in der Verwaltung schätzen die Autorinnen und Autoren auf 2,4 Milliarden Euro. Unternehmen sparen rund 1,8 Milliarden Euro ein und Bürgerinnen und Bürger 0,9 Milliarden Euro (Vitako, IW-Consult 2022a).

Viele der kommunalen IT-Dienstleister und Rechenzentren wurden in den 1950er und 1960er gegründet. Die kommunalen IT-Dienstleister übernehmen die IT-Versorgung für ihre kommunalen Mitglieder. Das sind typischerweise benachbarte Kommunen, wodurch viele kommunale IT-Dienstleister begrenzte Regionen bedienen. Seit Anfang der 2000er sind vermehrte Zusammenschlüsse und Kooperationen zu beobachten. Beispielsweise fusionierten 2008 in Hessen fünf kommunalen Gebietsrechenzentren, die in den 1970er Jahren gegründet worden waren, zum landesweiten Anbieter ekom21. Im Jahr 2018 entstand in Baden-Württemberg die KOMM.ONE aus dem Zusammenschluss der vier größten kommunalen IT-Dienstleister in Baden-Württemberg. Das Ziel war es, den Kommunen wirtschaftliche, einheitliche Lösungen anzubieten. In knapp der Hälfte der Bundesländer ist inzwischen ein dominierender Anbieter von IT-Dienstleistungen für Kommunen zu beobachten. Auf der anderen Seite ist die Landschaft kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen besonders zersplittert. 29 Mitglieder bündeln hier ihre Expertise im Dachverband kommunaler IT-Dienstleister KDN. Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es jedoch Bestrebungen, das Wissen der kommunalen IT-Dienstleister zu bündeln. Die kommunalen Spitzenverbände fordern in einem Positionspapier eine Verringerung der Zahl der kommunalen IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW 2022).

In einer Befragung des Branchenverbands Bitkom wünschen sich 86 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass ihre Stadt- oder Gemeindeverwaltung die Digitalisierung mit mehr Nachdruck verfolgt (Bitkom 2021). Dadurch wachsen die Herausforderungen an die kommunale IT: Von den 575 Leistungen des Onlinezugangsgesetz sind 460 zu digitalisierende Leistungen im Aufgabenfeld der Kommunen oder Bundesländer zu verorten. Damit steigt das Portfolio, das einzelne IT-Dienstleister anbieten müssen. Das Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen (KOMKIS 2022) untersuchte in einer quantitativen Befragung der kreisangehörigen Gemeinden in Sachsen den Stand der Verwaltungsdigitalisierung in Sachsen. Lediglich ein Prozent der Kommunen in Sachsen hat in einem der 14 Themenfelder des Onlinezugangsgesetzes die bis Ende 2022 geforderte digitale Abwicklung der gesamten Dienstleistung erreicht. In allen anderen Themenfeldern hat dies zum Befragungszeitraum im Oktober 2021 keine Kommune erreicht. Die größten Hindernisse der Verwaltungsdigitalisierung sind laut den Kommunen das



Fachwissen des Personals und die hohen fachliche Anforderungen. 86 Prozent beziehungsweise 84 Prozent der befragten Gemeinden stimmen den Aussagen zu. Das zeigt sich auch in der Ressourcenausstattung: Während die Mehrheit der Kommunen über eine ausreichende Hard- und Softwareausstattung verfügt, erachten 95 Prozent die Ausstattung mit IT-Fachkräften als nicht oder eher nicht ausreichend.

Der Personal- und Fachkräftemangel stellt auch die IT-Dienstleister vor große Hürden. Das Institut für den öffentlichen Sektor schätzt, dass für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes auf allen Verwaltungsebenen 46.600 IT-Fachkräfte benötigt werden. Das bedeutet, dass mindestens 75 Prozent des gesamten IT-Personals im öffentlichen Sektor an der OZG-Umsetzung arbeiten müssten (Institut für den öffentlichen Sektor 2021). Dabei konkurriert der öffentliche Sektor mit der freien Wirtschaft um Fachkräfte. Bitkom beziffert die Zahl freier Stellen für IT-Fachkräfte außerhalb der öffentlichen Verwaltung auf 96.000 (Bitkom 2022b) und in einer Expertenbefragung sehen 62 Prozent bereits einen deutlichen Mangel an Fachkräften für Rechenzentren (Bitkom 2022a). Es ist allgemeiner Konsens, dass die bundesweite Umsetzung des OZG bis Ende 2022 nicht erreicht wird.

Durch diese Treiber stehen die Zusammenarbeit und Kooperation von IT-Dienstleistern und Rechenzentren weiter im Fokus. Dr. Markus Richter, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, appellierte im März 2022 auf der Konferenz eGovernment Kommunal an die kommunalen IT-Dienstleister, stärker zusammenzuarbeiten. Je mehr gemeinsam gemacht werde, desto weniger Schnittstellen würden benötigt. Auf dem Zukunftskongress Staat & Verwaltung im Juni 2022 erklärte Dr. Ralf Resch, Geschäftsführer von Vitako, dass sie in Zukunft zwei wesentliche Geschäftsmodelle für kommunale IT-Dienstleister erwarten: die Serviceintegration und Cloud-Provision (Vitako 2022b). Das bedeute auch eine Konsolidierung und Spezialisierung in den Geschäftsmodellen der kommunalen IT-Dienstleister.

Die aktuellen Studien zeigen, dass kommunale IT-Dienstleister eine zentrale Rolle in der Verwaltungsdigitalisierung einnehmen. Sie generieren eine hohe Wertschöpfung und die Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen profitieren von der Effizienzsteigerung durch neue digitale Technologien. Die Herausforderungen und Anforderungen an die IT-Dienstleister wachsen, wodurch in Zukunft eine stärkere Zusammenarbeit der regionalen Anbieter erwartet wird.

4 Innovationen für die öffentliche Verwaltung

Sowohl für die digitale Transformation der Verwaltung als auch für das Erreichen der Klimaschutzziele werden innovative Lösungen benötigt. Im März 2022 wurde der Gov-Tech Campus Berlin eröffnet, um die technologische Expertise von der Technologie-Szene für die Modernisierung des Staates nutzbar zu machen. Dazu vernetzt der Campus Bund, Länder und Kommunen mit Akteuren der Technologie-Szene, Start-ups und Wissenschaft.

Im ersten Halbjahr 2022 gab es zudem mehrere Ideen- und Innovationswettbewerbe, um innovative Lösungen für Problemstellungen der Verwaltung zu finden. Es wurden beispielsweise

- der Ideenwettbewerb GovUp.NRW von der Landesregierung NRW,
- der Ideenwettbewerb Hybrides eGovernment 2022 vom Hessischen Wirtschaftsministerium und
- und die Smart City Challenge Leipzig 2022 von der Stadt Leipzig ausgerichtet.

Die Verwaltungen stellen in den Ideenwettbewerben typischerweise konkrete Herausforderungen. Sie rufen Gründer, Start-ups, Forschende und Unternehmen dazu auf, innovative Lösungsvorschläge einzureichen. Die besten Lösungen werden anschließend gemeinsam mit der öffentlichen Verwaltung zu konkreten Konzepten oder Prototypen weiterentwickelt. Eine Jury wählt abschließend den Sieger und die Lösung wird in der Verwaltung pilotiert. So wird das Fachwissen der Start-ups für die



Verwaltungsmodernisierung genutzt. Start-ups erhalten in den Ideenwettbewerben konkrete Rückmeldungen zu ihren Angeboten und haben die Möglichkeit, es mit den Anwendern in der Verwaltung weiterzuentwickeln und zu pilotieren.

Die Kommunalstudie der Geschäftsstelle Stadt.Land.Digital zeigt jedoch, dass nur 7 Prozent der Kommunen bisher IT-Aufträge an Start-ups vergeben haben. Laut dem Deutschen Start-up Monitor 2022 haben sich bisher nur 21,4 Prozent von 1.850 befragten Start-ups um öffentliche Aufträge beworben. 34 Prozent nannten kompliziert gestaltete Ausschreibungen als Grund sich nicht zu bewerben und 30,5 Prozent die Langwierigkeit des Verfahrens (Bundesverband Deutsche Startups e. V., PwC Deutschland 2022).

Im Februar 2022 veröffentlichte das Kompetenzzentrum innovative Beschaffung gemeinsam mit PUBLIC das Playbook: Beschaffung für Start-ups und innovative KMU (KOINNO, PUBLIC 2022). Der Leitfaden bündelt Informationen und Tipps für Vergabeverfahren von öffentlichen Auftraggebern. Um öffentliche Aufträge zu gewinnen, können Start-ups proaktiv auf potenzielle Kunden zugehen oder Angebote auf Ausschreibungen einreichen. Indem Start-ups proaktiv auf öffentliche Auftraggeber zugehen, können sie deren Bedarfe besser verstehen und eigene Lösungen vor der Ausschreibung bekannt machen. So können die öffentlichen Auftraggeber die Lösungen der Start-ups bei der Erstellung der Vergabeunterlagen berücksichtigen und innovationsoffene Ausschreibungen gestalten. Der zweite Ansatz ist, vielversprechende Ausschreibungen zu identifizieren und auf diese bieten. Das Playbook gibt Start-ups Schritt-für-Schritt Anleitungen für den Ausschreibungsprozess und Tipps, wie sie relevante Ausschreibungen identifizieren können. Je nach geschätztem Nettoauftragsvolumen stehen den öffentlichen Auftraggebern unterschiedliche Vergabeverfahren zur Verfügung. Für Start-ups ist es förderlich, wenn sie im Verfahren in den Austausch mit den Beschaffern treten können (zum Beispiel in der Verhandlungsvergabe oder im wettbewerblichen Dialog). Dann können sie auf Anforderungen der Beschaffer flexibel eingehen. Der Leitfaden erklärt außerdem den öffentlichen Beschaffungsprozess, die unterschiedlichen Vergabeverfahren und formellen Vorgaben. Damit unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Start-ups dabei, den öffentlichen Sektor für sich zu erschließen.

Das Bundeskabinett hat im Juli 2022 die erste Start-up-Strategie der Bundesregierung beschlossen. Ziel der Strategie ist es, das Start-up-Ökosystem in Deutschland und Europa zu stärken. Die Strategie definiert sechs Maßnahmen, um Kompetenzen von Start-ups für öffentliche Aufträge zu mobilisieren:

1. Einrichtung eines E-Marktplatzes, um den Marktüberblick zu verbessern.
2. Installation eines zentralen Bekanntmachungsservices zu möglichst allen Vergabeverfahren in Deutschland.
3. Stärkung von innovativen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten bei Vergaben.
4. Verstärkte Beratung zu Instrumenten der innovativen öffentlichen Beschaffung.
5. Unterstützung des „Procurement for Government“-Programm des GovTech Campus Deutschland, um Beschaffungsverantwortliche aus Bund und Ländern mit der Start-up-Szene zusammenzubringen.
6. Durchführung von systematischen Evaluierungen, um die Entwicklung der Berücksichtigung von Start-ups bei öffentlichen Ausschreibungen zu erfassen.

Die Maßnahmen dienen dazu, den Herausforderungen von Start-ups in öffentlichen Beschaffungsprozessen zu begegnen. Die Bundesregierung plant außerdem, Vergabeverfahren zu vereinfachen, professionalisieren und zu digitalisieren. Das steigert die Effizienz in den öffentlichen Verwaltungen und bringt beispielsweise innovative Projekte in der Energie- und Verkehrswende voran (BMWK 2022).

Start-ups bieten innovative Lösungen für Städte und Gemeinden, die für die Verwaltungsmodernisierung und für Klimaschutzmaßnahmen benötigt werden. Der aufwändige Beschaffungsprozess ist jedoch eine Herausforderung für Start-ups. Nur wenige Kommunen haben bereits Start-ups für IT-Projekte beauftragt. Bund, Länder und Kommunen setzen verschiedene Werkzeuge ein, um eine häufigere Zusammenarbeit mit Start-ups zu erreichen und so Innovationen in die öffentliche Verwaltung zu bringen.



5 Fazit

Aktuelle Studien zeigen, dass sich die digitale Transformation deutscher Kommunen als sehr vielfältig darstellt. Die Verwaltungsdigitalisierung wird aktuell vorangetrieben und führt zu einem deutlichen Mehrwert für die Verwaltungen, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen. Während viele Kommunen mit dem aktuellen Stand ihrer Digitalisierung zufrieden sind, haben andere Kommunen noch großen Nachholbedarf. Insbesondere in der Personalausstattung sowie der Fachexpertise sehen sie große Herausforderungen und einen großen Handlungsbedarf.

Kommunale IT-Dienstleister sind wichtige Umsetzungspartner der Städte und Gemeinden. Gleichzeitig stehen allerdings auch sie vor großen Herausforderungen, die eine stärkere Zusammenarbeit und das Erschließen von Synergien erfordern.

Innovationen im öffentlichen Sektor zu stärken war ein Schwerpunktthema im ersten Halbjahr 2022. Angesichts der Herausforderungen in der Verwaltungsdigitalisierung, der Energie- und Klimakrise werden innovative Lösungen dringend benötigt. Bund, Länder und Kommunen haben verschiedene Formate gestartet, um die Zusammenarbeit mit Start-ups zu fördern. Systematische Evaluierungen begleiten den Prozess und werden zeigen, ob Start-ups künftig häufiger in öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden. Verschiedene Ideenwettbewerbe haben bereits erfolgreich Pilotprojekte mit Start-ups umgesetzt.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft kommunaler Spitzenverbände NRW (2022): Digitale Kommunalverwaltung in NRW – Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen.
- Bitkom (2021): Die Digitalisierung in Städten und Gemeinden.
- Bitkom (2022a): Rechenzentren in Deutschland Aktuelle Marktentwicklungen, Stand 2022.
- Bitkom (2022b): Presseinformation IT-Fachkräftelücke wird größer: 96.000 offene Jobs, unter <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/IT-Fachkraefteluecke-wird-groesser>, abgerufen am 08.08.2022.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2022): Die Start-up-Strategie der Bundesregierung.
- Bundesverband Deutsche Startups e. V., PwC Deutschland (2022): Deutscher Startup Monitor 2022.
- Fraunhofer FOKUS (2022) Hessischer Digitalindex.
- Geschäftsstelle Stadt.Land.Digital, eine Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (2022): Kommunale Herausforderungen digital meistern. Repräsentative Kommunalstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.
- Institut für den öffentlichen Sektor e. V. (2021): Verwaltung digital – doch wer macht's?
- Institut für Innovation und Technik (iit) in der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH; Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) (2022): Zukunftsradar Digitale Kommune Ergebnisbericht zur Umfrage 2022.
- Kompetenzzentrum für innovative Beschaffung (KOINNO), PUBLIC (2022): Playbook: Beschaffung für Startups und innovative KMU: <https://www.koinno-bmwk.de/startups-innovative-kmu/playbook/> (zuletzt abgerufen am 15.08.2022)
- Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen (KOMKIS) (2022): Der große Klick – kommunale Verwaltungsdigitalisierung in Sachsen, KOMKIS Analyse, Nr. 20, Leipzig.
- Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. an der Universität Leipzig (KOWID), Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen (KOMKIS) (2022): Partnerschaftliche Infrastrukturentwicklung und Smart City.
- Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.; IW Consult / Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH (2022a): Die Bedeutung der Vitako-Mitglied-Unternehmen Enabler für digitale Verwaltungsleistungen.
- Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e. V. (2022b): Presseinformation: Kommunale IT-Dienstleister machen die Verwaltungsdigitalisierung: Best-Practice Dialoge von Vitako voller Erfolg auf dem 8. Zukunftskongress Staat und Verwaltung.



Impressum

Herausgeber:
Geschäftsstelle Stadt.Land.Digital
Eine Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

WIK-Consult GmbH
Rhöndorfer Str. 68
53604 Bad Honnef

HRB: Amtsgericht Siegburg, 7043

Telefonzentrale: +49 2224 9225 60
E-Mail: info@stadt-land-digital.de
Homepage: www.stadt-land-digital.de

Stand: August 2022

Verantwortlich: Alex Dieke
Redaktion: Jana Stuck, Cathrin Söllner

Grafik: RamCreativ-istockphoto

